

# **Skizze zur Politik der norwegischen Linksparteien: *Sosialistisk Venstreparti* und *Rød Valgalliance***

erstellt im Auftrag der „Projektgruppe Politikanalyse“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung,  
Kopenhagen, Januar 2004

## Inhaltsverzeichnis:

<i>1. Zwei skandinavische Parteiensysteme</i>	<i>S. 2</i>
1.1. Dänemark und Norwegen – ein Vergleich?	
1.2. Zu einigen Besonderheiten der norwegischen Entwicklung	
1.3. Im Ausland zugängliche Quellen zur Politik der norwegischen Linksparteien	
<i>2. Die Sozialistische Linkspartei (Sosialistisk Venstreparti)</i>	<i>S. 7</i>
2.1. Zur Geschichte der SV	
2.2. Die SV heute	
2.3. Politische Richtung und programmatische Aussagen	
2.3.1. Arbeitsprogramm	
2.3.2. Alternatives Statsbudget	
2.3.3. Außen- und Europapolitik	
2.4. Zusammenfassung	
<i>3. Die Rote Wahlallianz (Rød Valgalliance)</i>	<i>S. 13</i>
3.1. Geschichte und gegenwärtiger politischer Einfluss der RV	
3.2. Organisationskultur und -struktur	
3.3. Programm	
3.4. Zusammenfassung	
<i>4. Die sozialen Bewegungen in Norwegen und ihr Verhältnis zu den Linksparteien</i>	<i>S. 18</i>
4.1. Neue soziale Bewegungen - Vorbemerkung	
4.1.1 Bewegung gegen den Krieg im Irak	
4.1.2. Antiglobalisierungsbewegung	
4.2. Bewegung für den Erhalt des Wohlfahrtsstaates	
<i>5. Redaktionelle Schlussbemerkung</i>	<i>S. 21</i>
<i>6. Literaturhinweise</i>	<i>S. 22</i>

## 1. Zwei skandinavische Parteiensysteme<sup>1</sup>

### 1.1. Dänemark und Norwegen – ein Vergleich?

Auf den ersten Blick besitzen die Parteiensysteme Norwegens und Dänemarks große Ähnlichkeiten. In beiden Ländern hat die sozialdemokratische Partei in der Nachkriegszeit eine hegemoniale Rolle eingenommen. In beiden Ländern wurde diese Hegemonie allerdings in den 1980er Jahren durch Versuche erschüttert, eine neoliberale Politik durchzusetzen. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre kamen sowohl die dänische Sozialdemokratie als auch ihre norwegische Schwesterpartei (DNA, Den Norske Arbeiderparti) wieder in die Regierungsverantwortung. Ihre Politik stellte den Versuch dar, eine dezidierte Alternative zur neoliberalen Offensive zu entwickeln. Obwohl sich DNA und SP ausdrücklich von der Politik der deutschen und der britischen Sozialdemokratie abgegrenzt haben, sind die Ähnlichkeiten zu *New Labour* unverkennbar. Nur in Dänemark kam es 1993 zu einem kurzen keynesianischen Experiment. Bis Ende der 1990er Jahre galt die Doktrin des europäischen „Stabilitätspaktes“ - stramme Haushaltspolitik, niedrige Zinsen und Inflationsrate, stabiler Wechselkurs – in beiden Ländern, obwohl die Abstimmung über eine größere Annäherung an die EU in Dänemark 1992 und über den Beitritt in Norwegen 1994 von den jeweils einvernehmlich für ein Jawort werbenden Eliten verloren wurden. Anders als in Kontinentaleuropa unterschieden sich die dänischen und norwegischen Regierungen der 1990er Jahre jedoch durch die Fähigkeit, die Gewerkschaften vergleichsweise ungebrochen in einen neuen sozialen Konsens einzubinden: in Dänemark war in den 1990er Jahren die Zeit der großen Arbeitskämpfe (Osterstreiks 1985) vorläufig vorbei. Noch expliziter galt dies für Norwegen, wo die tripartale „Solidarische Alternative“ Gewerkschafts- und Unternehmensverband sowie Regierung zu einer der wenigen Beispiele einer wenigstens über einige Jahre erfolgreichen Einkommenspolitik zusammenbrachte. Im Jahre 2003 ist auch die „Solidarische Alternative“ Geschichte: trotz der ausgezeichneten makroökonomischen Leistungsbilanz, die die Regierungen beider Länder in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vorlegen konnten, wuchs die Unzufriedenheit mit ihrer Politik. Die Wähler/innen liefen der SP in Dänemark und der DNA in Norwegen in Scharen davon: Mittlerweile scheinen sich beide Parteien auf einem Niveau konsolidieren zu können, das in der Nachkriegszeit einen historischen Tiefpunkt darstellt. Zur Jahrhundertwende kam es zu den größten Streikbewegungen in Dänemark (1998, vgl. Birke 1998) und Norwegen (2000, vgl. Birke 2000) in der privaten Industrie seit Mitte der 1980er Jahre. Ursache für diese überraschende Entwicklung war, dass während des Boom der 1990er Jahre eine Umverteilung stattfand, von der die Unternehmer und Aktienbesitzer selbst in den, aus ihrer Sicht, „goldenen“ 1980er nur haben träumen können. Der „Stabilitätspakt“ galt nur einseitig: für die Löhne und für die Sozialleistungen. Die Linkssozialist/innen haben sich in dieser Situation nur bedingt als Alternative darstellen können. Die rechtspopulistische DFP in Dänemark und, noch stärker, die *Fremskridtsparti* (FrP, „Fortschrittspartei“) in Norwegen eilten von Erfolg zu Erfolg (vgl. zu dieser Entwicklung auch Birke 2003/1). Sowohl in Dänemark als auch in Norwegen regieren heute bürgerliche Koalitionen als Minderheitsregierungen, die auf die Stimmen der Rechtspopulisten (oder einer anderen Partei) angewiesen sind. Was für die allgemeine politische Entwicklung gilt, gilt auf den ersten Blick auch für die linkssozialistischen Parteien der beiden Länder – die *Socialistisk Folkeparti* (SF) und

---

<sup>1</sup> Die folgende Übersicht über Geschichte, organisatorische und inhaltliche Schwerpunkte sowie die aktuelle Politik der norwegischen Linksparteien schließt an die Analyse über die Linksparteien in Dänemark an, die ich im September 2003 für die Projektgruppe Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, erstellt habe (zitiert als: Birke 2003/2).

*Enhedsliste* (Einheitsliste) in Dänemark auf der einen Seite und die *Sosialistisk Venstreparti* (SV) und *Rød Valgalliance* (RV) in Norwegen auf der anderen Seite besetzen ähnliche Positionen in den Parteienspektren. Während SF und SV einen radikalen Reformismus vertreten und sich für die spätestens 2005 in beiden Ländern stattfindenden Parlamentswahlen als Regierungspartner in einer sozialliberalen Koalition anbieten, stehen RV und Einheitsliste für die radikale linke Opposition in beiden Ländern und verstehen sich vor allem als parlamentarische Vertretung der neuen sozialen Bewegungen.

## *1.2. Zu einigen Besonderheiten der norwegischen Entwicklung*

Die Analyse der norwegischen Linksparteien, Gegenstand dieses Textes, scheint also auf keine besonderen Schwierigkeiten zu stoßen.<sup>2</sup> Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass die Arbeit mit auffälligen Parallelen an ihre Grenze stößt, wenn es darum geht, ein präzises Bild der norwegischen Entwicklung zu zeichnen. Die Schwierigkeit besteht darin, die Spezifika dieser Entwicklung zu bestimmen - der Vergleichmaßstab eines nahe gelegenen Landes macht dies nicht einfacher, sondern schwieriger.

Einige Unterschiede fallen sofort ins Auge: Norwegen ist einer der größten Staaten Europas, mit einem Abstand von über 3000 km von Oslo bis zur Grenze nach Russland, die Bevölkerungsdichte ist weit niedriger als in den meisten europäischen Ländern. Die Zentren des Landes liegen weit auseinander, neben dem Großraum Oslo, der mit Bærum etwa 900 000 Einwohner/innen hat: Bergen (220 000), Trondheim (150 000) und Stavanger (110 000) gibt es keine Stadt, die mehr als 100 000 Einwohner/innen zählt. Das Land hat insgesamt 4,5 Millionen Einwohner/innen, trotz seiner Größe also weniger als Dänemark und Schweden ([www.leksikon.org](http://www.leksikon.org)).

Die Entwicklung hin zu größeren städtischen Ballungsräumen – und die zunehmende Entvölkerung des Nordens – hat die Ungleichzeitigkeit der politischen und ökonomischen Entwicklung innerhalb des Landes seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verschärft. Das politische Zentrum Oslo liegt – als ehemalige Verwaltungshauptstadt der dänischen und schwedischen Oberherrschaft – im äußersten Süden des Landes. Die Bedeutung von Subzentren, lokalen Traditionen und Konflikten ist verhältnismäßig stark, Ausdruck davon ist nicht nur die Existenz einer Urbevölkerung im Norden (Samen), sondern auch die späte Entwicklung des Nationalstaates selbst: Die Existenz zweier Sprachen (der alten kolonialen Verwaltungssprache Bokmål und des „Neunorwegischen“ Nynorsk) erinnern an diesen Umstand.

Die Entwicklung Norwegens hat einige Autoren, mit einem in diesem Zusammenhang problematischen Begriff, von einem „peripheren Kapitalismus“ sprechen lassen (hierzu und zu folgendem vgl. PAX 1978). Tatsächlich ist die bürgerliche Klasse in Norwegen lange zersplittert gewesen. Bis in die 1940er Jahre war die norwegische Industrie vor allem um die natürlichen Ressourcen des Landes (Wasserkraft, Holzwirtschaft) entwickelt und befand sich kapitalmäßig zu großen Teilen im Besitz schwedischer und englischer Investoren. Zugleich war die Differenz der Interessen zwischen der Exportwirtschaft und den für einen regionalen Markt produzierenden Erzeugern ausgeprägter als in anderen westeuropäischen Ländern. Die Phase der Regierungsmacht der DNA, die 1935 begann, 1941-1945 durch die brutale deutsche Besatzungsherrschaft unterbrochen, führte nach 1945 zu einer Regulierung der industriellen Neuansiedlungen durch den Staat als dem in der norwegischen Gesellschaft bestimmenden Faktor (vgl. Kjeldstadli/Keul 1973, 95-127). Die Entwicklung einer chemischen Industrie, der

---

<sup>2</sup> Sie könnte an das anschließen, was in dem im September 2003 bei der Projektgruppe Politikanalyse vorgelegten Text entwickelt wurde (vgl. Birke 2003,2). Auch der internationale Kontext der Politik der skandinavischen Linksparteien könnte anhand der dort vorgelegten Thesen diskutiert werden (ibid., Punkt 6).

„Werkstattindustrie“ (Metallsektor) einerseits, aber auch der Landwirtschaft und der Fischerei, die bis Anfang der 1970er Jahre besonders im Norden noch eine entscheidende Bedeutung hatten, wurde de facto staatlich organisiert und reguliert. Der Ausbau eines universalistischen Wohlfahrtsstaates integrierte zugleich insbesondere die Gewerkschaftsverbände der Privatindustrie<sup>3</sup> in den historischen Kompromiss. Bis in die 1970er Jahre wurden Volksrente, Arbeitslosenversicherung und andere soziale Leistungen auf der Grundlage von Rechtsansprüchen und Steuerfinanzierung ausgebaut. Die Expansion des öffentlichen Dienstes brachte bis 1980, etwas später als in Dänemark und Schweden, die Erhöhung der Frauenerwerbsquote weit über den westeuropäischen Durchschnitt. Die Ölfunde seit Ende der 1960er Jahre machten Norwegen nicht nur zum drittgrößten Ölexporteur der Welt, sondern auch zu dem Land auf Platz 1 der UNDP-Liste über den sozialen, gesundheits- und ausbildungsmäßigen Standard von Staaten (UNDP 2002). Auch die Erschließung der Ölvorkommen ist vor allem eine staatliche Aufgabe gewesen: Alleine der norwegische Staat war, als größter Kapitalist, in der Lage die notwendigen Ressourcen für die Erschließung der Ölvorkommen zur Verfügung zu stellen. Aber anders als in anderen Ländern war *Statoil*, als bis vor wenigen Jahren staatliches Unternehmen, zugleich einer der Hauptprofiteure der Ölfunde. Der *Ölfonds* ist noch heute eine der wichtigsten Einkommensquellen des Staatshaushalts.

Die norwegischen Linksparteien sind also mit einem Kapitalismus konfrontiert, der in noch größerem Maße als in anderen europäischen Ländern staatlich reguliert war. Eine der großen Herausforderungen der Politik dieser Parteien besteht darin, dass sie auf eine Situation reagieren müssen, in der es eine mittlerweile zwanzigjährige Geschichte der De- und Regulierung gibt, wobei die DNA der 1990er Jahre den Durchbruch zur Privatisierungspolitik (die weniger weit ist als in anderen europäischen Ländern) und zu einer „aktivierenden Sozialpolitik“ zu einer Zeit vollzogen hat, als man in der bundesdeutschen Sozialdemokratie noch nicht genau wusste, was mit „Aktivierung“ gemeint ist. Die vier im Parlament vertretenen alten bürgerlichen Parteien sind in diesem Muster einerseits lange nichts weiter gewesen als potentielle Juniorpartner der DNA, andererseits sind sie wie überall in Skandinavien stark zersplittert: Die seit 2001 regierende bürgerliche Koalition unter Kjell-Magne Bondevik profitiert vor allem von der Schwäche der DNA.

Allerdings ist die norwegische Parteienlandschaft seit dem Abgang der sozialdemokratischen Regierung Stoltenberg im Jahre 1997 (im Grunde seit dem Rücktritt Gro Harlem Brundtlands 1996) von einer bisher ungekannten Instabilität geprägt. Diese Instabilität drückt sich unter anderem darin aus, dass bei den Haushaltsberatungen alljährlich neu die Machtfrage gestellt wird.<sup>4</sup> Während die ersten Haushalte der seit 2001 amtierenden bürgerlichen Regierung durch ein Abkommen mit der rechtspopulistischen Volkspartei zustande gekommen sind (vgl. Reuters, 20.11.2002), gab es 2003 einen Kompromiss, der im wesentlichen von den

---

<sup>3</sup> Die norwegischen Gewerkschaften sind in der Landsorganisation i Norge/Noreg zusammengeschlossen, zu den norwegischen Gewerkschaften siehe auch die Ausführungen in Abschnitt 4.2. dieses Textes.

<sup>4</sup> Im Gegensatz zu anderen skandinavischen Ländern und parlamentarischen Systemen gibt es für das norwegische Ein-Kammern-Parlament keine Bestimmung, die während der Legislaturperiode Neuwahlen ermöglicht, falls eine Regierung nicht mehr die notwendige Mehrheit hat. Bereits nach dem Fall der absoluten Mehrheit der Sozialdemokratie (1965) waren deshalb Minderheitsregierungen in Norwegen die Regel. Meistens wurden diese Regierungen von der DNA gestellt, mit wechselnden Zusammenarbeitspartnern je nach Sachfrage. Die Bestimmung, dass während der Legislaturperiode zwar eine neue Regierung eintreten, aber keine Neuwahlen durchgeführt werden können, hat einerseits die auch anderswo in Skandinavien vorfindbare Tendenz zur Konsensdemokratie bestärkt – die bis zur Zusammenarbeit zwischen FrP und SV in Lokalparlamenten reicht, eine Konstellation, die in den meisten anderen europäischen Ländern sicherlich undenkbar wäre. Andererseits stellt sie ständig die Legitimität der aktuellen Regierung in Frage, zumal die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren eine sinkende Tendenz aufweist.

Konservativen (der „Rechtspartei“ Høyre, die die meisten Minister stellt) und der DNA ausgehandelt wurde.

Die derzeit regierenden bürgerlichen Parteien - *Høyre*, *Venstre* und *Kristelig Folkeparti* - haben zusammengenommen weder eine parlamentarische Mehrheit noch die Mehrheit der Stimmen bei Meinungsumfragen: sie lagen im ganzen Jahre 2003 bei nicht mehr als 25%. In der Opposition befindet sich die DNA, die derzeit etwas über 25% der Stimmen erwarten kann, die FrP, die nach Meinungsumfragen ungefähr bei 20% liegt, zeitweise aber die Sozialdemokratie als stärkste Partei abgelöst hatte und die SV, die etwas unter 20% liegt und in einigen Meinungsumfragen zur DNA aufschließen konnte sowie die alte Bauernpartei (Senterpartiet) mit etwa 6%.<sup>5</sup> Seit der Landeskonferenz im Vorfeld der Stortingswahlen von 2001 spricht sich die SV für die Regierungsalternative einer Koalition zwischen SV, SP und DNA aus (vgl. Abschnitt 2.4).

Damit ist auch ein entscheidender Unterschied zu der Situation in Dänemark benannt. Die SV ist auf dem Weg dazu, eine der tragenden Parteien der norwegischen Politik zu werden – sie hat mehr als doppelt so viele Stimmenprozente wie die SF in Dänemark. Die RV ist noch marginalisierter als die dänische Einheitsliste. Bei der letzten Parlamentswahl hat sie zum zweitenmal hintereinander keinen Sitz im *Storting* erlangen können und etwa 1,5% der Stimmen erreicht. Damit ist für die RV auch das Problem aktuell geworden, auf den Apparat verzichten zu müssen, auf den sie nach ihrem erstmaligen Einzug in das norwegische Parlament im Jahre 1993 zurückgreifen konnte: Die Schwierigkeit, als landesdeckende Partei zu agieren, zumal in von anderen Parteien mit erheblichen Mitteln geführten Wahlkämpfen, ist damit noch größer geworden als ohnehin (Klassekampen, 6.1.2004). Die Verluste der Partei bei den Kommunalwahlen des Herbstes 2003 hat diese Tendenz bestätigt.

### 1.3 Im Ausland zugängliche Quellen zur Politik der norwegischen Linksparteien

Die Recherche zu diesem Text wurde hauptsächlich in Dänemark betrieben.<sup>6</sup> Hier war auffällig, dass die Entwicklung in Norwegen (und anderen skandinavischen Ländern) in Dänemark kaum mehr öffentliche Aufmerksamkeit beansprucht als die Entwicklung in Kontinentaleuropa. Die vorhandene Literatur über Norwegen ist begrenzt, die Tageszeitungen berichten sehr selten über norwegische Ereignisse. Norwegische Tageszeitungen sind nicht leichter zu erwerben als bundesdeutsche, und es gibt eine sehr begrenzte Auswahl. Für eine gründliche Recherche wäre ein längerer Aufenthalt in Norwegen sicherlich Voraussetzung. Der vorliegende Text ist also, im Gegensatz zu dem im September 2003 erstellten Text zu der Entwicklung in Dänemark, völlig von der Außensicht auf die Entwicklung in Norwegen bestimmt. Aber es lassen sich auch aus dem Ausland wesentliche Quellen zur Politik der norwegischen Linksparteien erschließen.

Im Gegensatz zu Dänemark besitzen die beiden norwegischen Linksparteien ihnen nahe stehende Tages- bzw. Wochenzeitungen. In der, in Abschnitt 3 dieses Textes näher auszuführenden, kommunistischen Tradition der RV nahm, wie in dieser Tradition überall,

---

<sup>5</sup> Eine im Auftrag der Tageszeitungen *Klassekampen*, *Nationen* und *Dagen* durchgeführte Meinungsumfrage ergab im November 2003 folgendes Resultat (in der Klammer das Resultat der letzten Stortingswahl): Die potentiellen Koalitionsparteien einer Mitte-Links-Koalition erhielten: *DNA*: 25,7% (24,3), *SV* 19,7 (12,5), *SP* (Senterparti) 5,6 (5,6), insgesamt wären das 91 von 150 Sitzen. Die Regierungsparteien erhielten: *Høyre* 14,8 (21,2), *Kristelig Folkeparti* 6,7 (12,4), *Venstre* 2 (3,9), insgesamt 2,5 % oder 38 Sitze. *FrP*-Rechtspopulisten: 22,3 (14,6). Die *RV* erhielt 1,2% (1,2) und wäre nicht vertreten (*Nationen*, 13.11.2004). Die Tendenz der Meinungsumfragen hat sich über das ganze Jahr 2003 gehalten, mit einem Hoch für die SV in der Zeit der Massendemonstrationen gegen den Irak-Krieg, siehe Abschnitte 2.1 und 4. Im Spätsommer 2003 waren die Rechtspopulisten, die den Irak-Krieg vorbehaltlos unterstützten, mit 25% die stärkste Partei vor der DNA mit 23,4%.

<sup>6</sup> Der erste Absatz von 1.3. ist bei einer eventuellen Veröffentlichung zu streichen.

das Erstellen von schriftlichem Agitationsmaterial einen großen Stellenwert ein. Die Tageszeitung *Klassekampen* (Klassenkampf), die sehr intensiv über die Politik von RV und SV berichtet, ist wie die RV selbst aus dieser Tradition entstanden. Sie verfügt mittlerweile über eine hervorragende Internetausgabe. Der SV steht die Wochenzeitschrift *Ny Tid* (Neue Zeit) nahe, die aus der sozialdemokratischen Tradition entstanden ist.<sup>7</sup> *Ny Tid* besitzt ebenso wie *Klassekampen* eine Internetausgabe, die vor allem über die Politik der SV wertvolle Informationen enthält. Schließlich berichten auch bürgerliche Zeitungen wie *Verdens Gang*, *Aftensposten* u.a. regelmäßig über die SV und – recht unregelmäßig – über die RV (siehe Literaturverzeichnis). Weiterhin betreiben sowohl RV als auch SV eine gut gemachte und über sehr viele aktuelle Informationen verfügende Internetseite ([www.sv.no](http://www.sv.no); [www.rv.no](http://www.rv.no)). Auf der Seite der SV finden sich auch einige Informationen in englischer Sprache. In die Außenwahrnehmung der beiden Parteien kann Einblick genommen werden, wenn man sich auf links-unabhängige Seiten wie die der *Aktsjon For Velferdsstaten*, *ATTAC Norge* oder *indymedia.no* begibt. Endlich sind in diesem Zusammenhang auch die Homepages der norwegischen Staats- und Kommunalverwaltungen von Interesse.

Was die wissenschaftliche Aufarbeitung der Politik der norwegischen Linksparteien betrifft, so gibt es kaum Literatur, und diese ist im Ausland nur sehr schwer zugänglich. Benutzt habe ich unter anderem zwei Arbeiten, die in der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bergen entstanden sind: Christensen (1998) berichtet über die „linkssozialistische EU-Politik“ in den skandinavischen Ländern sowie Melve (1999) über die strategischen Ausrichtungen der Linksparteien. Zusätzlich können, ähnlich wie im dänischen Fall, Arbeiten über Problematiken hinzugezogen werden, die zentrale Probleme der linkssozialistischen Politik aus allgemeiner Perspektive beleuchten (wie Dølvik/Stokke 1998, Seip 1997). Diese sind zum Teil in englischer Sprache vorhanden, siehe Literaturverzeichnis.

Im Folgenden werde ich, in Abschnitt 2, relativ ausführlich, die Politik der *Sosialistisk Venstreparti* beschreiben. In den Abschnitten 3 und 4 beschreibe ich, etwas kürzer, die Politik der RV sowie die Bedeutung der verschiedenen (neuen) sozialen Bewegungen in Norwegen. In Abschnitt 5 werde ich Vorschläge für eine weitere Beschäftigung mit dem Thema machen.<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Es ist schon in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass die Verläufe der Spaltungen innerhalb der Arbeiterbewegung in Norwegen signifikant anders sind als in anderen europäischen Ländern, zumal in Deutschland. Die Traditionslinie der NKP führt sowohl zur SV als auch zur RV. Ebenso führt ein Weg von der DNA, die bis in die 1920er Jahre eine sehr militante Linkspartei mit syndikalistischem Einschlag war, zu beiden Parteien.

<sup>8</sup> Der letzte Halbsatz sollte in einer Veröffentlichung gestrichen werden.

## 2. Die Sosialistisk Venstreparti

### 2.1. Zur Geschichte der SV

Anfang der 1960er Jahre trat die „sicherheitspolitische Opposition“ der DNA um die Wochenzeitschrift *Ny Tid* („Neue Zeit“) aus der Partei aus und bildete die *Sosialistisk Folkeparti* (SF). Norwegen war bereits 1949 in die NATO eingetreten und die norwegische Sozialdemokratie praktizierte eine stark pro-amerikanische Außen- und Verteidigungspolitik. Die neu gebildete Partei trat für eine Politik des „Dritten Weges“ (in der damaligen progressiven Bedeutung) ein, plädierte für eine norwegische Neutralität in der Blockkonfrontation, lehnte das Wettrüsten ab, während sie innenpolitisch für eine Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates und der staatlichen Ökonomie hin zu einem „demokratischen Sozialismus“ eintrat ([www.leksikon.org](http://www.leksikon.org); [www.sv.no/hvem](http://www.sv.no/hvem)). Die SF entwickelte sich in vielerlei Hinsicht im Rahmen einer ähnlichen Tagesordnung wie ihre dänische Schwesterpartei, mit dem Unterschied, dass die SF-Dänemark aus der Tradition der DKP entstanden ist. Im Unterschied zu Schweden, wo sich die Linkspartei erst in den 1970er Jahren einem eurokommunistischen Kurs annäherte (Schmidt 2003, auch: Brie 2003), kannten sowohl Norwegen als auch Dänemark bereits in den 1960er Jahren Parteien des „Dritten Weges“, die als solche eher mit den der linkssozialistischen Tradition in Italien der 1950er Jahre vergleichbar waren als mit der eurokommunistischen Bewegung seit den 1970er Jahren (vgl. auch Birke 2003,2, Abschnitt 2). Im Unterschied zu Italien kam es aber weder in Dänemark noch in Norwegen zu einer Regierungsbeteiligung der Parteien der „Neuen Linken“. Am Ende der 1960er Jahre zerfiel die SF in Norwegen zunehmend aufgrund interner Konflikte. Im Zuge der neuen Jugendbewegung spaltete sich 1969 die Jugendorganisation SUF (*Sosialistisk Ungdoms Front*, SUF) von der SF ab – vergleichbar mit der Entwicklung der *Venstresocialisterne* in Dänemark als „Partei der Studentenbewegung“ nach 1968 (vgl. Birke 2003,2, Abschnitt 2).<sup>9</sup> Ebenfalls im Jahre 1969 verlor die SF ihre Sitze im norwegischen Parlament.

Die Neukonstituierung einer sozialistischen Linkspartei in Norwegen ist vor dem Hintergrund des Kampfes gegen die Mitgliedschaft des Landes in der EG zu sehen. Im Jahre 1972 entwickelte sich in Norwegen eine breite Volksbewegung gegen den Beitritt, die im Unterschied zu Dänemark auch bürgerliche Kräfte, Organisationen der Landwirtschaft, kirchliche Gruppen etc. umfasste (vgl. die sehr gute Darstellung in Kjeldstadli 1997). Ebenfalls im Unterschied zur dänischen Entwicklung gelang dieser Bewegung, bei der Volksabstimmung um die Mitgliedschaft ein äußerst überraschender Erfolg. Im Jahr nach der Abstimmung bildete sich aus SF, Vertreter/innen der Norwegischen Kommunistischen Partei und der linken Opposition in der EG-freundlichen DNA die „Sozialistische Wahlallianz“. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1973 konnte die Partei 10% der Stimmen erreichen – und damit dem linken Widerstand gegen die EG auch eine parlamentarische Stimme geben. 1975 wurde das Wahlbündnis zur „Sozialistischen Linkspartei“ umgewandelt – wobei die meisten Vertreter/innen der NKP diesen Schritt nicht akzeptieren wollten und aus der Zusammenarbeit austraten. In den folgenden Jahren stabilisierte sich die neue Partei bei zwischen 5% und 7% der Stimmen in den zentralen und regionalen Wahlen, wobei sie ihren sozialen Schwerpunkt, ähnlich wie die SF in Dänemark, in den Groß- und Mittelstädten sowie unter den Beschäftigten im expandierenden öffentlichen Dienst hatte. In der Phase der „Solidarischen Alternative“ zwischen 1993 und 1997 verlor die Partei kontinuierlich an politischem Einfluss – ihre jüngsten Erfolge sind nicht ohne den Bruch mit der sozialdemokratischen Politik der „Stabilisierung“ und des „aktivierenden Sozialstaates“ zu begreifen.

---

<sup>9</sup> Die SUF ist heute der der SV nahe stehende Jugendverband – innerhalb der Partei am linken Flügel angesiedelt, außerhalb der Partei ein „revolutionärer, marxistischer Jugendverband“: [www.su.no](http://www.su.no).

## 2.2. Die SV heute

Im Jahre 2001 beschloss die alljährlich stattfindende Parteikonferenz (Parteitag) der SV die Perspektive der Regierungszusammenarbeit mit der DNA und der links-liberalen Senterparti (SP, ehemalige Bauernpartei). Gleichzeitig verabschiedete die Partei ein neues Arbeitsprogramm. Auf der Parteikonferenz des Jahres 2003 im nordnorwegischen Tromsø, die in einer – offenbar durchaus ungewöhnlichen – „sehr konstruktiven und geradezu gemütlichen Atmosphäre“ stattfand (Tromsø Avis, 10.3.2003) wurde ein kommunalpolitisches Perspektivprogramm verabschiedet, das auf der Homepage der Partei in einer englischen Zusammenfassung zu lesen ist ([www.sv.no/hvem](http://www.sv.no/hvem)).<sup>10</sup> Die zentrale Parteileitung<sup>11</sup> besteht seitdem aus drei Frauen und einem Mann: Kristin Halvorsen (Vorsitzende seit 1997), Øystein Djupedal, Henriette Westhrin und Bård Vegar Solhjell. Der Optimismus, der die Parteikonferenz vom Frühjahr 2003 prägte, ist mittlerweile nicht mehr ganz ungebrochen. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom September 2003 bestätigten die optimistischen Meinungsumfragen nicht: Zwar erreichte die SV mit im Landesdurchschnitt etwa 13% der Stimmen das beste Ergebnis ihrer Geschichte – bei einer Wahlbeteiligung von nur etwas mehr als 50% - die Hoffnung, in etlichen Städten die Sozialdemokratie zu überholen, wurde jedoch nur in einigen Fällen, meistens in mittleren Städten, eingelöst. Die Resultate geben, obwohl diese Wahlen stärker vom Einsatz bekannter Persönlichkeiten abhängen und sich durch gemeinsame Listen mit der RV und anderen Gruppen sowie durch in einigen Gegenden starken Lokallisten (wie z.B. der „Kystpartiet“ an der Westküste) ebenfalls Verschiebungen ergeben, einen gewissen Einblick in die Hochburgen der SV: in Rana (Nordland) errichte die SV bei einem Stimmenzuwachs von 20% 40% der Stimmen, in Namsos erreichte die Partei 35,9%, in Tromsø 22,3%, in Oslo 20,3% und in Trondheim 17,7,% ([www.resultat.valg.no](http://www.resultat.valg.no)). Eine weitere Enttäuschung war, dass es in der Stadt Oslo nicht gelang, den Block der bürgerlichen Parteien durch ein, von den großen Gewerkschaften stark gefördertes Bündnis der drei Linksparteien abzulösen: Der Versuch scheiterte denkbar knapp – an einem Mandat – aber er scheiterte. Auch das Angebot an die *Kristelige Folkeparti*, in einer Koalition mit den beiden großen Linksparteien den Oberbürgermeister zu stellen, änderte nichts an der Konstellation (VG, 1.10.2003). Insgesamt wird die Partei in ca. 10 Kommunen die erste Bürgermeisterin oder den ersten Bürgermeister stellen. Die Rechtspopulisten, neben der SV der zweite große Sieger der Wahlen, konnten sich in ungefähr 20 Kommunen durchsetzen. Die SV besitzt nach eigenen Angaben heute rund 750 Vertreter/innen in Kommunal- und Regionalparlamenten und 23 Repräsentanten im Storting. Rechnet man den Apparat dazu, der notwendig ist, um eine solche Zahl von Parlamentariern zu betreuen, dann ist klar, dass der Schwerpunkt der SV heute auf Parlaments- und Öffentlichkeitsarbeit liegt. Denn trotz einer langsam wachsenden Mitgliederzahl ist die SV noch eine verhältnismäßig kleine Partei: Anfang 2003 hatte sie ca. 8000, am Ende des Jahres ca. 10 000 Mitglieder.<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> Zitate sind von mir stillschweigend aus dem Norwegischen übersetzt. Für eine zu veröffentlichende Fassung könnte eventuell der Vollständigkeit halber das norwegische Originalzitat in die Fußnote gesetzt werden.

<sup>11</sup> Das „Sentralstyret“ (Zentrale Leitung) ist die Parteileitung zwischen den Sitzungen des höchsten Organs der Partei, dem „Landsstyreselet“ (Landesleitung).

<sup>12</sup> Zum Vergleich: Die DNA hat nach eigenen Angaben etwa 70 000, ihr Jugendverband (AUF, Jugendfront der Arbeiterbewegung) 7000 Mitglieder.

Nach den auf der Webseite vorliegenden Informationen zu urteilen, hat die SV keinen den deutschen Parteienstiftungen vergleichbaren Stiftungsverband. Der SOF, der Aufklärungsverband der SV, ist im wesentlichen für interne Schulungen der SV-Mitglieder zuständig und betreibt soweit ersichtlich fast keine Arbeit, die außerhalb dieses Rahmens wirksam ist. Ähnliches gilt übrigens für die RV, siehe Abschnitt 3.



## 2.3. Politische Richtung und programmatische Aussagen

### 2.3.1. Arbeitsprogramm

Wenn die Geschichte der SV in Punkt 2.1 relativ ausführlich dargestellt wurde, so geschah das auch, um grundlegendes zur politischen Kultur dieser Partei zu sagen. Die Art, wie die SV (und, wie wir in Abschnitt 3 sehen werden, bis zu einem gewissen Grade auch die RV) Politik macht, ist in hohem Grade links-sozialdemokratisch bzw. radikal-reformistisch geprägt. Bemerkenswert ist zum Beispiel, dass traditionell linke Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie (die derzeit in der Partei gegenüber den „Modernisierern“ um Stoltenberg in der Minderheit sind) die Zusammenlegung von SV und DNA fordern, um die „große hegemoniale Kraft“ der Arbeiterbewegung aus der Zeit der Regierungen Gerhardt und Brattelli wieder entstehen zu lassen. Die Diskussion über diese Frage ist zwar bis heute hypothetisch, denn die allermeisten SV-Funktionäre lehnen eine solche Entwicklung ab, sie spielt aber durchaus eine Rolle, wie die Reaktionen auf ein Buch eines ehemaligen hohen Parteifunktionärs aus der „linken Phase“ der Sozialdemokratie in den 1970er Jahren gezeigt haben (vgl. Steen 2003, Besprechung in *Ny Tid* 2003/2). Eine vergleichbare Diskussion ist mir aus Dänemark nicht bekannt, auch in der Bundesrepublik wäre die Forderung wohl eher die nach einem individuellen Eintritt von PDS-Mitgliedern in die SPD.

In öffentlich leicht zugänglichen programmatischen Aussagen der SV wird man grundsätzliche Erörterungen über „den Sozialismus“, das Scheitern des Staatssozialismus, die Geschichte der kommunistischen Parteien etc. nicht finden. Die spezifische norwegische Entwicklung zeichnet sich damit durch ein Muster aus, das von den anderen skandinavischen Staaten abweicht<sup>13</sup>:

1. Im Unterschied zu Schweden und Dänemark zerfiel die NKP bereits in den 1960er Jahren;
2. Die Linksparteien entstanden aus einer militanten Tradition innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung;
3. Die neuen sozialen Bewegungen Anfang der 1970er Jahre hatten eher als in anderen Ländern einen Charakter von „Volksbewegungen“ und waren weniger linkspolitisch geprägt (und u.a. deshalb kurzfristig „erfolgreicher“);
4. Die SV ist eine Partei, die auf der Grundlage der neuen Bündniskonstellationen der 1970er Jahre entstanden ist;

Das Arbeitsprogramm der SV ist entsprechend pragmatisch. Im Impressum heißt es:

„Die SV ist eine sozialistische Partei mit einer Vision einer Gesellschaft ohne Klassenunterschiede und Ungerechtigkeit. Wir wollen eine grundlegende Änderung der bestehenden Gesellschaft erreichen (Seite 3)“.<sup>14</sup> Damit ist beinahe alles über grundlegende gesellschaftliche Alternativen gesagt. Die verbleibenden zwölf Abschnitte und 90 Seiten des Arbeitsprogramms enthalten weitgehend konkrete Politikangebote und –alternativen der SV. Die Schwerpunkte dieser zwölf Kapitel, die auf der Homepage der Partei in englischer Sprache zusammengefasst sind, lassen sich wie folgt skizzieren:

1. Die SV will zu einer Restrukturierung des öffentlichen Sektors beitragen, der nach der Politik der „Solidarischen Alternative“ in den 1990er Jahren unter schweren finanziellen Druck geraten ist. Deshalb tritt die Partei für ein Programm öffentlicher

---

<sup>13</sup> Anders als in den Texten der SF und der EL in Dänemark (vgl. Birke 2003,2, Abschnitt 3 und 4).

<sup>14</sup> SV (Hg.), Arbeitsprogramm 2001-2005, Oslo 2001

Beschäftigung, für einen Ausbau der Einrichtungen des sozialen Sektors, des Ausbildungssektors und des kollektiven Nahverkehrs und insgesamt für eine keynesianische Wirtschaftspolitik ein. Der Ölfonds soll für diese Zwecke genutzt werden.

2. Die Steuerpolitik soll neben der Finanzierung einer antizyklischen Wirtschaftspolitik eine Umverteilung zugunsten der lohnabhängigen Einkommen ermöglichen. Mit ATTAC wird eng zusammengearbeitet, u.a. wird die Tobin-Steuer gefordert. Ebenso spricht sich die SV gegen weitere Privatisierungen aus.

3. Ein besonderer Schwerpunkt der Partei ist die Politik für Kinder und Jugendliche. Sie tritt für eine Senkung der Eigenanteile in Kindertagesstätten und für den Ausbau dieser Institutionen ebenso ein wie für einen Ausbau von Ganztagschulen und eine Erneuerung der vorhandenen Schulbauten.

4. Als Partei der Ökologiebewegung ist die SV gegen einen weiteren Ausbau der Energiegewinnung aus nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen (Wasser- und Gaskraftwerke). Dieser Punkt im Programm ist ein wesentliches Problem in der Zusammenarbeit mit den norwegischen Industriegewerkschaften (insbesondere dem rechtssozialdemokratischen „Fellesforbundet“ der Metall- und Werkstattindustrie), die der SV zum Teil eine „industriefeindliche Politik vorwerfen (siehe auch Abschnitt 4.2.).

5. Im auf der Homepage veröffentlichten kommunalpolitischen Programm tritt die SV für eine bessere Finanzierung der durch die Umverteilung der 1990er Jahre extrem geschwächten kommunalen Haushalte ein (SV 2003/2).

### *2.3.2. Alternativer Staatshaushalt (Alternativ Statsbudget)*

Diese zentralen Politikbereiche sind auch Gegenstand des von der SV im Sommer vorgelegten „Alternativen Staatshaushaltes“. Investitionen werden in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen, Altenversorgung, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und in der Psychiatrie vorgeschlagen, zudem soll eine Steuerreform eine Umverteilung der Einkommen ermöglichen.

Insgesamt wirkt die „Alternative“ der SV allerdings recht bescheiden. Bei einer für norwegische Verhältnisse Rekord-Erwerbslosigkeit von 110 000 (oder offiziell 5,5%, mit geringfügig Beschäftigten steigt die Zahl auf fast 8%) wirkt ein Beschäftigungsprogramm, das 20 000 Arbeitsplätze schaffen soll, nicht gerade überzeugend. Tatsächlich hält sich das „alternative Budget“ der SV weitgehend an die Vorgaben der Regierung Bondevik, was den finanziellen Gesamtrahmen der Staatsausgaben betrifft und stellt vor allem eine Umverteilung von einem – insgesamt recht bescheidenen Anteils – der Ressourcen dar. In vorausseilendem Gehorsam gegenüber einer möglichen sozialliberalen Koalition gibt sich die Partei schon heute als „verantwortliche Kraft“ (SV 2003/2).

### *2.3.3. Außen- und Europapolitik*

Neben der innenpolitischen Agenda der Partei spielt die Außenpolitik traditionell eine zentrale Rolle in der Politik der SV. Die Partei tritt in ihrem Arbeitsprogramm für einen Austritt aus der NATO und eine neue sicherheitspolitische Konzeption sowie für eine Kürzung der Militärausgaben ein (SV 2003/1, Abschnitt 8).

Entsprechend dieser Zielsetzung war die SV neben der RV die einzige Partei, die sich klar gegen eine norwegische Beteiligung am US-Angriffkrieg gegen den Irak ausgesprochen hat. Nachdem die DNA, auch unter dem Eindruck der größten Massenbewegung in der norwegischen Nachkriegsgeschichte, im Frühjahr 2003 eine ähnliche Position vertreten hat, deutete sich ein historischer Bruch mit dem „sicherheitspolitischen Konsens“ an, der die norwegische Politik seit der Befreiung von der deutschen Besatzungsherrschaft im Jahre 1945 geprägt hat (Ny Tid 2003, 3, vgl. Abschnitt 4.1. dieses Textes). Auch wenn im Sommer, nach dem „offiziellen“ Kriegsende, einige hundert norwegische Soldaten in den Irak entsandt wurden, sind die Folgen dieser Veränderung weitgehend.

Überraschenderweise hat der Bruch des Konsenses, also unter anderem der Abschied der DNA von ihrem nach 1945 ausgeprägten proamerikanischen Kurs, in der SV eine Debatte ausgelöst, die eine grundlegende Wandlung darstellt und, setzt die Tendenz sich fort, eine Abkehr von der antimilitaristisch ausgerichteten politischen Grundlage der Partei bedeuten würde. Der verteidigungspolitische Ausschuss der Partei hat im Sommer 2003 eine Stellungnahme erarbeitet, die die SV auffordert, ihre Position zur NATO, die sozusagen nicht mehr und nicht weniger als die „Gründungsakte“ der SV darstellt, zu überdenken. Die „Modernisierer“ in der SV sehen die NATO als „Alternative zur USA“, als „weltweite zivilisatorische Macht“, die ohne Vorbehalte „gestärkt werden müsse“ (Klassekampen, 10.6.2003). Hier kann ohne Zweifel von einem, durch eine Generation professioneller Politiker in der SV vorgebrachten, Erdrutsch in der SV-Politik gesprochen werden, der in seinen Ausmaßen (und auch in seinen Begründungszusammenhängen) etwa dem Wandel der Europapolitik der dänischen SF entspricht (vgl. Birke 2003,2 – in den vergangenen Monaten hat sich die EU-freundliche Linie in der SF zunehmend durchgesetzt). Ohne Zweifel kann hier auch von einer Annäherung an „moderne“ sozialdemokratische Positionen gesprochen werden, die bei einer eventuellen Regierungszusammenarbeit eine weiterhin wachsende Bedeutung bekommen werden. Auch der Argumentationsgang ist parallel: Die NATO-Freunde in der SV wollen „den Einfluss Norwegens stärken“, aus der NATO „eine Friedensmacht machen“ etc., etc. Die Parteivorsitzende Halvorsen hat neulich demonstrativ das „Joint Warfare Comitee“ der NATO bei Stavanger besucht. Ihre Bilanz: „Es ist positiv, mit so kompetenten Personen über unsere Verteidigungspolitik zu diskutieren“ (Verdens Gang, 6.1.2004). Innerhalb der Partei hat der Anti-NATO-Kurs (noch!) eine Mehrheit. Eine ganz ähnliche Entwicklung deutet sich auch in der EU-Politik, dem zweiten wichtigen außenpolitischen Gründungszusammenhang der SV, an: Die Kritik, dass die EU ein „neoliberales Projekt“ ist, ist in der Partei durch eine Kritik am „Demokratiedefizit“ der EU-Institutionen ersetzt worden. Seitdem die Norweger/innen 1994 zum zweiten Male gegen eine Mitgliedschaft in der EU gestimmt haben, sind die EFTA-Verträge so umformuliert worden, dass sie die Direktiven der EU zu 90% auch in Norwegen einsetzen. Die Politik der „solidarischen Alternative“: niedrige Zinsen, niedrige Inflation, Begrenzung des Haushaltsdefizits, entsprach mehr oder weniger den Vorgaben des Stabilitätspaktes – auch ohne, dass Norwegen EU-Mitglied war und ist. Die Kritik am „Demokratiedefizit“ öffnet einen Raum für eine EU-positive Stimmung, die innerhalb der SV gleichwohl immer noch mehr oder weniger „tabu“ ist: Das Argument ist naheliegend, dass, wenn Norwegen auch außerhalb der EU stehend, die meisten ihrer Vorgaben übernimmt, es zu „mehr Mitbestimmung“ führen würde und „Isolation“ vermeiden würde, wenn man der EU beitreten würde. Das Argument wird, ähnlich wie in der NATO-Diskussion durch eine eurochauvinistische Stimmung, die im Zusammenhang mit dem Irakkrieg ausgelöst wurde, gefördert – hierzu bekennen sich auch einzelne SV-Funktionäre (Klassekampen, 28.7.2003). Die offizielle Politik der Partei weicht von diesen Forderungen allerdings nach wie vor erheblich ab. Im Abschnitt 9 des Arbeitsprogramms wird immer noch die Kündigung oder wenigstens die Neudefinition der EFTA-Absprachen gefordert. Die EU-Frage ist nach wie vor eine der zentralen „Probleme“, die einer Regierungszusammenarbeit zwischen DNA

einerseits, der SV und der ebenfalls Euroskeptischen Zentrumspartei entgegen stehen würde. Vorläufig erklären die beiden Frontfiguren von SP und SV lediglich, dass nach der Wahl des Jahres 2005 zunächst keine neue EU-Abstimmung stattfinden wird und in der EFTA-Frage der Status gewahrt werden wird (Dagsavisen, 21.12.2003).

Die Änderung der politischen Ausrichtung der SV wird schließlich auch dadurch vorangetrieben, dass die Wählerbasis der Partei erheblich gewachsen ist. Während innerhalb der Parteimitgliedschaft nach wie vor eine klare Mehrheit an den programmatischen Vorstellungen, die auch 2001 noch einmal verabschiedet worden sind, festhält, ist die EU-Frage unter den Wählerinnen weitaus umstrittener: Nach einer Umfrage vom Sommer 2003 hat die SV die meisten in der EU-Frage „unsicheren“ Wähler von allen Parteien. Besonders im Gebiet um die Hauptstadt gibt es eine Mehrheit für den Beitritt zu EU auch unter den SV-Wähler/innen (Klassekampen, 23.6.2003, 1b).

#### *2.4. Zusammenfassung*

Auf den ersten Blick scheint die SV auf einer Welle des Erfolges zu schwimmen: Alle Wahlergebnisse seit den letzten Jahren weisen in dieselbe Richtung: Eine erstmalige Beteiligung an einer Linksregierung im Jahre 2005 scheint möglich zu sein. Innerhalb der Partei entwickelt sich eine Dynamik, die es verlockend erscheinen lässt, diese Erfolge einfach hochzurechnen.

Hindernisse auf dem Weg zu einer Linksregierung gibt es vor allem zweierlei: erstens, das Verhältnis zur New Labour-Sozialdemokratie ist keineswegs stabil und zweitens, das Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen war für die Fortschritte, die die SV gemacht hat, durchaus entscheidend.

Die Sozialdemokratie wird, nachdem sich innerhalb der Partei die „Modernisierer“ durchgesetzt haben, nur dann zu einer solchen Koalition bereit sein, wenn die SV in der Zahl ihrer Mandate annähernd an das herankommt, was die Meinungsumfragen im letzten Jahr versprochen haben: Dies ist jedoch ein höchst unsicherer Faktor. Bei der Verabschiedung des Haushaltes jedenfalls, unmittelbar nach der Kommunalwahl, hat sich die DNA jedenfalls für eine Zusammenarbeit nach „rechts“ entschieden. Dabei konnten zwei Ziele erreicht werden, einerseits wurde die FrP. erstmals für die Rechtsregierung als Mehrheitsbeschaffer verzichtbar, zweitens wurden „die größten Einschnitte“ im Staatshaushalt, die im ursprünglichen Forderungskatalog anvisiert waren, zurück genommen. Dies gilt in diesem Zusammenhang auch für ein Gesetz, das eine weitgehende Flexibilisierung des Kündigungsschutzes vorgesehen hätte und gegen das in einzelnen Gewerkschaften bereits ein Generalstreik gefordert wurde. Die Kürzungen der Sozialleistungen im neuen Haushalt fallen „verantwortlich“ und „milde“ aus und belaufen sich auf ca. 1500 Mio. NOK (ca. 200 Mio. €). Gegen das „Hochrechnen“ der Stimmenanteile, zumal der Meinungsumfragen der SV, spricht auch das Verhältnis der Partei zu den neuen sozialen Bewegungen. Ihre Beliebtheit stieg 2003 im Zusammenhang der kurzfristigen, aber sehr vehementen Proteste gegen den Irak-Krieg. Eine neue „verantwortliche Position“ der SV könnte die Glaubwürdigkeit in dieser Hinsicht stark erschüttern und die Partei als Regierungspartei in eine ähnliche Krise stürzen, wie sie derzeit für die bürgerlichen Parteien in Norwegen ausgemacht werden kann. Ich werde diesen Zusammenhang, der auch in zentraler Weise die Strategie der RV betrifft, im vierten Abschnitt dieses Textes, anhand einer kurzen Schilderung der Situation der außerparlamentarischen Bewegungen Norwegens, genauer fassen. In dem folgenden, verhältnismäßig kurzen, Abschnitt 3 dieses Textes möchte ich zunächst die Geschichte und aktuelle Situation der RV skizzieren.

### 3. Die Rød Valgalliance

#### 3.1. Geschichte und gegenwärtiger politischer Einfluss der RV

Als sich 1973 die verschiedenen linkssozialistischen Richtungen in Norwegen zum „Sozialistischen Wahlverband“ zusammenschlossen, wurde die linksradikale AKP (ml)<sup>15</sup>, eine Partei, die sich am China Maos und an Albanien orientierte, eingeladen. Im Jahr zuvor, anlässlich des Kampfes um die EG-Mitgliedschaft, schrieb die Presse die AKP (ml) und ihre Jugendorganisation zum Schreckgespenst, das die ansonsten gutbürgerlich gestimmte Widerstandsbewegung zu unterlaufen drohe (Kjeldstadli 1997, 40f.). Tatsächlich kann kaum geleugnet werden, dass die AKP der autoritäre Ausläufer der norwegischen Studentenbewegung war – ein Teil des Dogmatismus der „wahren Arbeiterpartei“ prägt bis heute gewisse Strömungen in der RV.

Die RV war die Alternative zum Sozialistischen Wahlverband – eine Vorfeldorganisation der AKP, der eine Kandidatur unter diesem Namen untersagt worden war. Bis 1979 blieb das Verhältnis zwischen Kadern und Wahlkämpfern ziemlich unverändert. Obwohl die RV 1975 erstmals in vier Kommunalparlamenten gewählt worden war, blieb sie eine reine Kampagnenorganisation, die von der AKP lediglich für Wahlkämpfe aktiviert wurde – und während der Legislaturperiode inexistent war.

Der (im Verhältnis zu den voran gegangenen Resultaten) „Wahlsieg“ der RV im Jahre 1979 (Stimmenanteil 0,8% bei der Fylkestingwahl) führte zu ersten Schritten der Verselbständigung der Wahlorganisation von der Partei. Angesichts der Übergriffe des Militärs auf Demonstranten während der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens und dem Niedergang der sozialistischen Staaten kam es innerhalb von AKP und RV zu Auseinandersetzungen um die Geschichte und Politik der sozialistischen Staaten und die Zukunft der kommunistischen Bewegung, die einerseits einer neuen selbstkritischen Tendenz hervorbrachten, andererseits die Selbständigkeit des Wahlverbandes förderten und damit größere Spielräume für eine Politik der Verbreiterung der sozialen Basis des Verbandes und der Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Richtungen ermöglichte.

1993 zog die RV erstmals mit einem Abgeordneten in den Storting ein, wo sie bis 1997 vertreten war. Bei der Kommunalwahl des Jahres 1997 und den Regionalwahlen des Jahres 1997 erhielt die RV 2,0 bzw. 2,1% der Stimmen – das bisher beste Resultat (RV 2003).

#### 3.2. Organisationskultur und -struktur

Obwohl sich die Wahlallianz mittlerweile als „Partei“ bezeichnet und sich – zuletzt auf der Landeskongress von 2001 – ein eigenes Prinzipprogramm gegeben hat, sind bestimmte Elemente der Zusammenarbeit zwischen Partei und Vorfeldorganisation bis heute erhalten geblieben – und damit nach wie vor Gegenstand ständiger innerorganisatorischer Konflikte, die zum Teil offen in Zeitungen und Zeitschriften wie dem „Klassenkampf“ ausgetragen werden. Noch heute verfügt die „Wahlallianz“ in bestimmten Bereichen von

---

<sup>15</sup> Die AKP (ml) heißt heute nur noch AKP (Arbeidernes Kommunistparti, in der von der Partei selbst vorgenommenen deutschen Übersetzung: Kommunistische Partei der ArbeiterInnen): [www.akp.no](http://www.akp.no). Die Webseite dieser Partei ist hervorragend sortiert: unter anderem enthält sie theoretisch-analytische Stellungnahmen in englisch, spanisch, deutsch und niederländisch. Ganz entsprechend der kommunistischen Tradition gibt die AKP zudem gleich zwei Zeitschriften heraus: Die Mitgliederzeitschrift [AKP.no](http://www.akp.no) und die Theoriezeitschrift „Røde Fane“ (Rote Fahne). Der Jugendverband hat selbstverständlich eigene Publikationen. Nur nebenbei sei bemerkt, dass es damit zusammengerechnet nicht weniger als fünf – durchaus aufwendig gemachte – Publikationsprojekte aus dem Kontext von RV/AKP/Jugendverband gibt – angesichts von 1500 Mitgliedern eine erstaunliche Anzahl – zugleich wird hier im Vergleich zur SV die Herkunft der RV aus einer kommunistischen Tradition sehr deutlich.

Politikentwicklung über keine eigenständige Position – so ist die Jugendorganisation („Rote Jugend“) eher Teil der AKP-Tradition als der RV<sup>16</sup>, die Schulungsarbeit ist unterentwickelt und wird zum Teil, in ganz traditioneller Fassung, von der AKP übernommen. Auf der Homepage der RV findet sich ein Link zur AKP als „die Partei, die die Rote Wahlallianz unterstützt“ ([www.rv.no/lenker](http://www.rv.no/lenker)). Bestimmte Formen der Parteiwerbung erinnern an die ML-Tradition: In der Sparte „Organisation“ wird ausgeführt, dass der Weg zur RV über den „lokalen“ Protest von Aktionsgruppen führt, denen die RV „Kontinuität gibt“ (und außerdem über den „antiimperialistischen Kampf“). Es wird der Eindruck erweckt, dass das „Mitmachen“ in der Gruppierung recht einfach ist (Einigkeit in punktuellen Fragen). Die theoretisch-politische Tradition und die – durchaus strikten Prinzipien der Organisationspolitik – werden verschwiegen – wobei zugestanden werden muss, dass sie auch innerhalb der RV kaum noch unumstritten sein dürften. Endlich wird erklärt, die RV sei die „Partei mit den Politikern, die anders sind“ – was nicht näher ausgeführt wird, womit aber wohl die Nähe zur Arbeiterklasse gemeint ist ([www.rv.no/organisation](http://www.rv.no/organisation)).<sup>17</sup>

Dennoch: 30 Jahre nach der Gründung bot die Landeskonferenz der Partei im Frühjahr 2003 auch ein erneuertes Bild: Die Hälfte der Teilnehmer war noch nicht geboren, als der RV 1973 gegründet wurde. Der Vorstand wurde fast komplett ausgewechselt, ein neuer Vorsitzender – Torstein Dahle - wurde gewählt. Die auf der RV-Homepage veröffentlichte Wahlstatistik gibt einen sehr groben Überblick die eigene soziale Basis: Die Partei ist aktuell mit 19 Abgeordneten in Regionalparlamenten und ca. 70 in Lokalparlamenten vertreten (zum Vergleich: Die SV zählt insgesamt ca. 750). Die Mitgliedszahl liegt bei ca. 1500 (SV: 10 000). Über dem Durchschnitt der Wahlresultate liegt die RV bei Männern (1,6%), bei unter 30jährigen (2%), Menschen mit höherer Ausbildung (2%) und Schüler/innen (5%). Bei der Kommunalwahl im Spätsommer 2003 hat der RV ca. ¼ seiner Stimmen verloren – überhaupt ist seine Wähler/innen/schaft stark fluktuierend, verloren hat man insbesondere an die anderen sozialistischen Parteien ([www.rv.no/valgkamp](http://www.rv.no/valgkamp)).

Neben dem Status als „Durchlauferhitzer“ erhitzter junger Bewohner/innen der Städte plagt den RV vor allem das Problem der flächendeckenden Agitation: in weniger als der Hälfte der norwegischen Kommunen hatte der Verband lokale Abteilungen. Das Ressourcenproblem nimmt wie bereits erwähnt seit dem Ausscheiden aus dem Storting zu: ein Teil der Mittel konnte damals für den Aufbau einer flächendeckenden Organisation verwendet werden. Diese Mittel stehen seit 1997 nicht mehr zur Verfügung, ein Teufelskreis, der das schlechte Abschneiden bei der Kommunalwahl sicherlich beeinflusst hat (Klassekampen, 6.1.2004). Die Kommunalwahl hat allerdings auch einige Schwerpunkt des RV bestätigt: In Oslo erhielt die RV rund 3% der Stimmen und zog erneut mit zwei Vertretern in das Kommunalparlament ein, in Bergen 5,6%, im Industrieort Odde bei Bergen mehr als 16%. Anders als die Einheitsliste ist der RV nicht alleine die Partei der hauptstädtischen Jugend, sondern hat auch in einigen alten kommunistischen Hochburgen einen starken Einfluss bewahrt ([www.resultat.valg.no](http://www.resultat.valg.no)).

Die RV versucht, auf der Grundlage eines gleichberechtigten Verhältnisses mit örtlichen Aktionsausschüssen und den neuen sozialen Bewegungen zusammenzuarbeiten. Obwohl sie die einzige politische Kraft in Norwegen war, die gegen alle von der NATO geführten Kriege seit dem Überfall auf Jugoslawien protestierte, hat vor allem die SV die Antikriegsstimmung des Sommers 2003 für sich nutzen können, während die RV auch in dieser Zeit bei Meinungsumfragen stagnierte.

<sup>16</sup> Allerdings könnte man auch sagen, dass die RV angesichts ihrer generationellen Zusammensetzung fast als „Jugendverband“ bezeichnet werden müsste.

<sup>17</sup> Hier ist auch einige Verwirrung entstanden: Die RV bezeichnet sich selbst als „Partei“, was in der kommunistischen Tradition, auch in der der ML-Gruppierungen, kaum als gültig betrachtete werden dürfte. Ich will hier jedoch keine Diskussion über die Parteiform führen und bezeichne den RV trotz seines Namens weiterhin als (die Partei) RV.

### 3.3. Programm

Auf der Landeskonferenz am 2.3.2003 verabschiedete der RV ein neues Arbeitsprogramm: Die Tradition des Wahlverbandes führt in der Rhetorik des Programms, ähnlich wie in Abschnitt 2.3. im Zusammenhang mit der Analyse der SV beschrieben, zu einer eher pragmatischen Auffassung der eigenen Ziele. In einem sehr kurzen Vorwort wird das Ziel des RV beschrieben als „die Entwicklung der internationalen Bewegungen“ im Widerstand gegen den Neoliberalismus zu stützen „für eine Steigerung der Volksmacht und eine sozialistisch-demokratische Revolution“ (RV 2003, 2). Damit ist ungefähr alles gesagt, was von der RV in diesem Programm über das Thema gesagt wird, der Rest ist in der konkreten Analyse der norwegischen Gesellschaftsverhältnisse angegeben, die auf den weiteren 52 Seiten in 34 Punkten ausgeführt wird.

Um deutlich zu machen, was die Unterschiede zwischen SV und RV sind, kann auf das in den Abschnitten 2.3.1. bis 2.3.3. Ausgeführte verwiesen werden: Die RV ist nicht nur auf der Ebene ihres Programms klar für den Austritt aus der NATO und die Kündigung der EFTA-Verträge.<sup>18</sup> Sie ist die einzige parteiähnliche Organisation in Norwegen, die die EU noch eindeutig als „neoliberales Projekt“ bezeichnet (Kapitel 7).<sup>19</sup>

In ihren weiteren Forderungen orientiert die RV eher als die SV auf die traditionelle Industriearbeiterklasse: ein höherer Anteil der Löhne am Sozialeinkommen, Kampf gegen steigende Arbeitsbelastung und Zusammenarbeit mit den LO-Gewerkschaften sind wichtige Punkte auf der Agenda (Kapitel 4 zum „Erhalt des Wohlfahrtsstaates, Kapitel 13: „Arbeit für alle“ etc.).

Im Gegensatz zur SV hat die RV ein eher traditionelles ökologisches Profil, indem sie zugleich auf die Förderung von erneuerbaren Energien und auf eine technologische Verbesserung in der Ausbeutung der Ressourcen setzt. So heißt es in Kapitel 10 des Arbeitsprogramms:

„Die RV ist dafür, auch in der Zukunft auf eine Industrieentwicklung Norwegens zu setzen, die mit dem Verbrauch unserer Primärenergien verbunden ist. Die Wasserkraft war und muß auch in Zukunft die Grundlage für diese Industrie sein. Die Industrie muß aktiv mit energiesparenden Maßnahmen arbeiten. Die RV steht dafür, dass die Konkurrenzfähigkeit der norwegischen Industrie nicht verschlechtert werden darf. Deshalb müssen die norwegischen Steuerungsorgane darauf achten, dass ... der Druck auf die Industrie, Energieabgaben zu zahlen, abgewehrt wird ...“ (RV (2001), 15, meine Übersetzung).

Diese, für ein kommunistisches Programm sicherlich etwas überraschenden, Ausführungen, erklären sich aus dem grundlegenden Bild von der norwegischen Gesellschaft, das auch innerhalb der RV besteht: eine Gesellschaft, die immer noch auf dem Weg von der Verstaatlichung zur Vergesellschaftung zu sein scheint.

An anderer Stelle diskutiert das Programm zwar die Veränderungen der letzten Jahre, die Teilprivatisierung von Statoil unter der Jagland-Regierung, die Öffnung der norwegischen Industrie gegenüber dem globalen Kapital, die Maßnahmen zur Privatisierung des

---

<sup>18</sup> In Kapitel 19 des Arbeitsprogramms wird u.a. gefordert: der Austritt aus der NATO, die Niederlegung von NATO-Basen in Norwegen, die Nicht-Beteiligung an allen internationalen militärischen Operationen, die Ablehnung des Dogmas vom „Erstschlag“ und der Ausbildung „flexibler Reaktionsstreitkräfte“. Dabei ist die RV keine pazifistische Partei: „Die Sicherheit der norwegischen Ressourcen wird durch die derzeitige Verteidigungspolitik nicht gewährleistet“ (RV 2003, 27, meine Hervorhebung).

<sup>19</sup> Auch die Reaktionen von RV-Politiker/innen auf die in 2.3.3. geschilderten Neupositionierungen der SV in Bezug auf die Regierungszusammenarbeit mit der DNA machen dies deutlich: „Die RV wird ihren Widerstand gegen die NATO, gegen WTO/GATS und gegen die EU nicht aufgeben, um Positionen zu erlangen“ (schrieb eine führende Funktionärin auf [www.rv.no](http://www.rv.no), 10.12.2003). Trotz ihrer schmalen Mitgliedsbasis ist die RV eher als die SV „bewegungsorientiert“.

öffentlichen Sektors u.s.w. – all dies scheint jedoch die grundlegenden Vorstellungen von „Nationalisierung“ - als rationaler Verwaltung der im Grunde „progressiven“ Produktivkraftentwicklung - nicht beeinflusst zu haben. Entsprechend haben „grüne“ Elemente im Programm der RV weit weniger Einzug gehalten als bei der SV. Spiegelverkehrt zu diesen Setzungen verläuft die Schilderung der „antiimperialistischen“ Kämpfe – die RV sagt nach wie vor, dies sei „die wichtigste Tendenz unserer Zeit“ – vor allem in der Form des „Nationalen Befreiungskampfes“ (im Rahmen dieses Erklärungsmusters wird übrigens auch die in der norwegischen Diskussion wichtige Frage der Urbevölkerungen diskutiert, vgl. Kapitel 11).<sup>20</sup>

In der Kommunalpolitik (Kapitel 2 und 3), die auch angesichts der punktuellen parlamentarischen Vertretung der RV in den Kommunen für Partei und Arbeitsprogramm besondere Bedeutung hat, ist eines der wichtigsten Kriterien des RV die Ablehnung der durch eine Ausweitung der Aufgabenbereiche und eine Umverteilung der Steuermittel eingegrenzten Spielraumes der Kommunen. Eine weitere wichtige Forderung ist die Erweiterung des Spielraums der kommunalen Selbstverwaltung, die Erhaltung der Regionalparlamente und die Umverteilung der staatlichen Mittel zugunsten der Kommunen. Zugleich wird ein Ende der Umwandlung kommunaler Einrichtungen in selbststeuernde Einheiten und der Privatisierung von Schulen, Kindergärten und öffentlichen Verkehrsmitteln gefordert.<sup>21</sup>

Sowohl SV als auch RV kritisieren die Flüchtlingspolitik der bürgerlichen Regierung: die RV verlangt u.a. eine Ausweitung des Schutzes der Flüchtlinge vor Abschiebung, die Öffnung der norwegischen Grenzen und die Ablehnung des Schengen-Abkommens ((Kapitel 17 und 18). Sowohl RV als auch SV halten die Flüchtlingspolitik der DNA für kaum glaubwürdiger als die der FrP., wobei zugleich auffällt, dass eine gründliche Analyse des Aufkommens und der Bedeutung der Rechtspopulisten, ähnlich wie in den entsprechenden dänischen Parteiprogrammen, fehlt.

Während die SV ein kommunalpolitisches Programm formuliert hat, das die frauenpolitische Perspektive integriert, ist für die RV das „Frauenproblem“ immer noch ein eigenständiges Kapitel (21). „Volle Frauenbefreiung“ kann nach Auffassung der RV „nur in einer sozialistischen Gesellschaft erreicht werden. Die Themen der Prostitution, der Verhütung und Abtreibung sind und der Sexualität insgesamt sind – jedenfalls im Arbeitsprogramm – Teil der „Frauenfrage“ – eine ebenso traditionelle wie in den letzten zwanzig Jahren zurecht kritisierte Aufteilung.

---

<sup>20</sup> Trotz des oben geschilderten Pragmatismus scheint das Prinzipprogramm von 2001 im Rahmen der RV einen etwas höheren Stellenwert zu haben als innerhalb der SV, was sich schon daran zeigt, dass es auf der Homepage zwar versteckt, aber immerhin überhaupt zugänglich ist. Ich will auf dieses Programm hier nicht näher eingehen: Es sei lediglich erwähnt, dass die Frage nach dem, was Sozialismus sei, hier in zweierlei Hinsicht beantwortet wird: 1. im Gegensatz zu früher tritt die RV für einen demokratischen (was hier auch heißt „norwegischen“) Sozialismus ein, 2. die Reflektion über die Entwicklung der sozialistischen Staaten beschränkt sich mehr oder weniger darauf, zu beschreiben, dass sie nach den – unbedingt begrüßten – Revolutionen von 1917 und 1949 aus dem Ruder gelaufen sei und nicht mehr den Vorstellungen der RV entspricht.

<sup>21</sup> In vielen Kommunen hat die RV eine konstruktive Zusammenarbeit mit der SV etabliert, obwohl die SV in der Regel Kommunalhaushalten zustimmt, die sich in dem von der Regierung vorgegebenen Rahmen bewegen. In einigen wenigen Kommunen kam es 2003 erneut zu gemeinsamen Listen von SF und RV, die durchgehend sehr erfolgreich waren.



### 3.4. Zusammenfassung

Diese wenigen Beispiele aus dem Arbeitsprogramm der RV zeigen ein Problem in der Programmentwicklung der skandinavischen Linksparteien, das, unabhängig von mehr oder weniger entwickelten kritischen Haltungen gegenüber den Traditionen des Staatssozialismus, ein gemeinsames zu sein scheint: die Veränderungen der 1990er Jahre, die neue Rolle der Sozialdemokratien und das Aufkommen der Rechtspopulisten werden vor allem im Kontext einer „Verteidigung des Wohlfahrtsstaates“ aufgefasst – angesichts des Traumas, das die Rechtsregierungen der 1980er Jahre (in Schweden die Aufkündigung des „historischen Kompromisses durch den Arbeitgeberverband (SAC) bzw. die Wirtschaftskrise nach 1990) ausgelöst haben, wird die „neue Sozialdemokratie“ nicht als Fortsetzung der neoliberalen Offensive mit anderen Mitteln, sondern als Form der Re-Regulierung begriffen, die prinzipiell Ansatzpunkte für eine Mitarbeit auch des radikalen Teiles der skandinavischen Arbeiterbewegung bietet. Dies gilt, auch angesichts von großen Differenzen in der „Tagespolitik“ zwischen z.B. RV und SV, für beide Parteien.

Von außen betrachtet ergibt sich eine merkwürdige Konstellation: dass die Perspektive der „Nationalisierung“ wenig emanzipatorische Erfahrungen mit sich gebracht hat und angesichts der derzeitigen Entwicklung der sozialen Kräfte auch wenig Hoffnung bietet, scheint in der programmatischen Vorstellungswelt noch so gut wie nicht angekommen zu sein. Das Problem, dass die extreme Rechte in Norwegen (und Dänemark) – auch im europäischen Maßstab – eine ausgesprochen wichtige parlamentarische Kraft ist, die besonders in den 1990er Jahren sehr erfolgreich war, ist in den programmatischen Äußerungen von RV, SV (und SF, EL) so gut wie nicht zu spüren. Die These, dass diese Entwicklung gerade mit dem Doppelcharakter des (nationalen) Wohlfahrtsstaates zusammenhängt, ist in Skandinavien nach wie vor (fast) Niemandsland. Der Gedanke von Marx, dass der Überbau sich langsamer umwälzt als die ökonomische Basis scheint insbesondere für politische Parteien zu gelten. Obwohl der RV die kleinste der hier untersuchten Organisationen ist, könnte sie in Zukunft eine größere Rolle in der norwegischen Politik spielen als bisher. Voraussetzung wäre, dass der RV eine glaubwürdige und kontinuierliche Zusammenarbeit mit den neuen sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften entwickelt, eine weite Öffentlichkeit für ihre klaren Positionen gegenüber den internationalen Institutionen gewinnt sowie die Probleme der Fluktuation und der mangelnden Vertretung in vielen Kommunen und Regionen überwindet. Im nächsten Abschnitt möchte ich nun auf eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine solche Entwicklung eingehen: die Entwicklung der sozialen Bewegungen selbst. Dabei will ich auch, soweit es mir auf der Grundlage der für mich zugänglichen Materialien möglich ist auf den Einfluss der Parteien in diesen Bewegungen eingehen.<sup>22</sup>

---

<sup>22</sup> Vgl. die Bemerkungen in der Einleitung dieses Textes.

## **4. Die sozialen Bewegungen in Norwegen und ihr Verhältnis zu den Linksparteien**

### *4.1. Neue Soziale Bewegungen: Vorbemerkung*

Angesichts dessen, dass die Orientierung der Programme und die Formulierung von Zielvorstellungen der beiden Linksparteien Norwegens stark auf staatliche Politik fixiert ist, mag es überraschen, dass Norwegen in den letzten ca. fünf Jahren eine Massendemonstration nach der anderen erlebt hat. Die Erklärung für dieses Phänomen habe ich schon in den Thesen am Ende meines Papiers zu Dänemark versucht: Wie in Folgenden etwas genauer, wenn auch nicht erschöpfend, dargestellt wird, handelt es sich um Bewegungen mit unterschiedlichen Agenden, die kurzfristig eine starke Diskussion und Mobilisierung auslösen, aber ebenso schnell wieder verschwinden.

#### *4.1.1. Bewegung gegen den Krieg im Irak*

Die Mobilisierung zu den Protesten gegen den Krieg im Irak hat auch in Norwegen alle Erwartungen der Veranstalter/innen übertroffen. Zu den Demonstrationen am 15.2.2003 kamen im ganzen Land nicht weniger als 150 000 Menschen, was angesichts der Einwohnerzahl des Landes in Europa nur mit den Protesten in England, Italien oder Spanien verglichen werden kann: Allein in Oslo zählte die Polizei – die in dieser Hinsicht nicht zu Übertreibungen neigt – rund 60 000 Demonstrant/innen. Obwohl die Bewegungen auch in Dänemark als auch in Schweden (je 20-40 000 Teilnehmer/innen) die quantitativ größte Beteiligung seit vielen Jahren sahen, ist die norwegische Mobilisierung für skandinavische Verhältnisse unübertroffen. Zudem war Norwegen eines der ganz wenigen Länder, in denen die Friedensbewegung tatsächlich Einfluss auf das Regierungshandeln ausgeübt hat: Die Proteste haben dazu beigetragen, dass die norwegische Regierung, trotz ihres im allgemeinen pro-amerikanischen Kurses, sich nicht mit Truppen an der Invasion im Irak beteiligte. Nach dem offiziellen Ende des Krieges wurden jedoch Einheiten zu einem „humanitären Einsatz“ geschickt. Zur Zeit ist umstritten, wie lange diese Einheiten im Land bleiben sollen. Es deutet sich an, dass sich die DNA einer Verlängerung des Mandats über den Sommer 2004 hinaus verweigern könnte und die derzeitige Regierung um des innenpolitischen Friedens willen das Mandat dann beendet. Allerdings sind solche Entscheidungen mehr von der internationalen Entwicklung bzw. der Entwicklung im Nahen Osten abhängig als von der norwegischen Innenpolitik.

Für die bemerkenswerte Stärke der norwegischen Antikriegsbewegung gibt es (mindestens) zwei Erklärungen: Die erste hängt mit der spezifischen Positionierung Norwegens innerhalb der NATO zusammen. Die norwegische Außenpolitik verstand sich vor allem als Politik der Vermittlung zwischen den Blöcken auf der Grundlage eines nationalen verteidigungspolitischen Konsensus. In dieser Tradition übernahm die norwegische Diplomatie zuletzt beispielsweise die Vermittlerrolle im Konflikt zwischen Israel und Palästina. Ein entscheidender Teil des nationalen Konsensus ist bislang gewesen, dass Militäreinsätze mit UN-Mandat geführt werden müssen. Gleichzeitig vertraten alle großen norwegischen Parteien eine USA-freundliche Position, wie in Dänemark ist dies u.a. ein Reflex der Erfahrungen mit der deutschen Besatzungsherrschaft. Es liegt auf der Hand, dass die beiden Elemente dieses Konsensus – pro-US, pro UN – durch den Irak-Krieg, aber auch schon durch den Krieg gegen Jugoslawien – zumindest stark angegriffen, wenn nicht endgültig zerbrochen sind. Damit haben sich in den skandinavischen Ländern, und besonders in Norwegen, zugleich die „außenpolitischen“ Setzungen in der Parteienlandschaft polarisiert: Von den US-Freunden und Sicherheitsfanatikern im rechtspopulistischen Lager – über eine sehr schwankende politische Mitte hin zu einer Sozialdemokratie und einer SV, die eher auf die (west)europäische Variante, vor allem aber auf die UN setzt.

Der Bruch des sicherheitspolitischen Konsensus hat viel zum Ausmaß der Bewegung vom Februar beigetragen, da er das Gefühl verstärkt hat, dass auch in der norwegischen Innenpolitik etwas auf dem Spiel steht. Hinzu kommt, dass die norwegischen „außenpolitischen“ Bewegungen schon seit den 1970er Jahren breiter, bürgerlicher, koalitionsfähiger waren als die sozialen Bewegungen in den skandinavischen Nachbarländern. Die, bereits im Mai wieder aufgelöste, Initiative „Nein zum Krieg“ schildert dies ganz explizit: „Wir waren uns darüber einig, Parteien zunächst aus dem Mobilisierungsprozess herauszuhalten und uns auf die Zusammenarbeit humanistischer Organisationen, Einzelpersonen u.s.w. zu konzentrieren“ ([www.nejtilkrieg.no/home](http://www.nejtilkrieg.no/home), meine Übersetzung). Angesichts der kurzen Mobilisierungsphase bedeutet diese, soweit ich sehen kann mit völligem Einverständnis der Linksparteien unternommene Setzung, dass nur eine sehr kurze Zeit blieb, um die Bewegung zu stabilisieren und längerfristige Konzeptionen zu diskutieren: etwa von Anfang Februar bis Ende März 2004. Der Einfluss der Linksparteien ist aus diesem Grunde – zumal von außen - sehr schwer zu bewerten. Es ist zu vermuten, dass die Erfahrung der Antikriegsbewegung die Linksparteien mehr geprägt hat als andersherum.<sup>23</sup>

#### 4.1.2. (Anti)globalisierungsbewegung

In den skandinavischen Ländern bestehen nationale Abteilungen von ATTAC nunmehr seit fast drei Jahren ([www.attac.no](http://www.attac.no)). War ihre Gründung überall zunächst mit der Hoffnung verbunden, eine breite Organisation der „Bewegung der Bewegungen“ zu erreichen, so hat sich dieses Bild nach den Protesten insbesondere anlässlich der Übergriffe auf Demonstrant/innen während des EU-Gipfels in Göteborg 2001 differenziert. Die Diskussion in Norwegen war 2001 und 2002 in erheblichem Maße von der „Gewaltfrage“ bestimmt. Die Organisation der im Skandinavischen „Globalisierungsbewegung“ genannten Proteste muss, wenn es nicht zu spektakulären Krawallen kommt, mit einer Nichtbeachtung durch die meisten Medien rechnen.

Diese Stimmung prägte auch die Aktionen, die in Oslo anlässlich des „Entwicklungsfonds“ der Weltbank im Januar 2002 stattfanden. ATTAC distanzierte sich bereits im Vorfeld von „gewalttätigen Protesten“ und riet vom Besuch von Straßenfesten von „Reclaim the Street“ und anderen autonom-linksradikalen Gruppen ab.<sup>24</sup> Es kam innerhalb der Linken zu einer Auseinandersetzung um diesen Ratschlag, zumal dieser neben der Entsolidarisierung u.a. auch eine sehr umstrittene Auslegung der Göteborger Ereignisse enthält, während der bekanntlich Polizisten einige Demonstranten durch Schüsse (in einem Fall lebensgefährlich) verletzten – und nicht andersherum. Trotz dieser Auseinandersetzung kann die Arbeit anlässlich des „ABCDE“-Meetings der Weltbank als durchaus erfolgreich betrachtet werden: An der zentralen Gegendemonstration in der Osloer Innenstadt nahmen ca. 10 000 Menschen teil. Weder auf den Straßenfesten noch anderswo kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Ein „Gegengipfel“ beschäftigte sich mit der Frage des Schuldennachlasses und der Politik der Weltbank im allgemeinen.

ATTAC hat heute ca. 5000 Mitglieder (Anfang 2003: 3900) und scheint immer noch eine wachsende Organisation zu sein. Innerhalb von ATTAC sind Mitglieder der SV und der RV mit Einzelmitgliedern (z.T. in wichtigen Funktionen) vertreten. Wie in anderen Ländern auch, spielen die trotzkistischen „Internationalen Sozialisten“ (die Schwesterorganisation der

---

<sup>23</sup> Die Problematik einer starken, aber ephemeren Mobilisierung habe ich bereits im Papier zu Dänemark in Punkt 6 diskutiert.

<sup>24</sup> Die autonome Linke in Norwegen ist vor allem ein Osloer Phänomen, das sich um das Kulturzentrum „Blitz“ und einige dort ansässige Antifa-Gruppen konzentriert. In „Peoples Global Action“ ist meines Wissens (und jedenfalls auf der letzten Konferenz) keine norwegische Gruppe vertreten (gewesen). Es scheint andererseits in Oslo kleine Ansätze einer an den italienischen Sozialzentren orientierten politischen Arbeit zu geben, die sich auch außerhalb des „Blitz“ konstituiert haben.

SWP<sup>25</sup>) eine gegenüber ihrer sonstigen gesellschaftlichen Verankerung überproportionale Rolle- sie haben auch in Norwegen von vornherein auf ein organisiertes Auftreten innerhalb von ATTAC gesetzt.

Die alljährlich von einem linken Netzwerk organisierten „Globalisierungskonferenzen“ sind sehr gut besucht – auch 2003 nahmen in Oslo mehr als 1000 Menschen teil. Das Netzwerk, das diese Konferenzen organisiert, hat mittlerweile beschlossen, sich zu einem „Norwegischen Sozialforum“ zu konstituieren, u.a. um durch mehr formelle Strukturen zu einer repräsentativeren Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen der Globalisierungsbewegung zu kommen (Klassekampen, 28.3.2003).

#### 4.2. *Bewegung für den Erhalt des Wohlfahrtsstaates*

2003 war für die norwegische Ökonomie ein Krisenjahr. Hintergrund des geringen Wachstums des norwegischen Bruttonettoproduktes und der steigenden Erwerbslosigkeit ist unter anderem, dass die „Solidarische Alternative“ der 1990er Jahre mit dem Streik in der privaten Industrie im Jahre 2000 und der Tarifrunde von 2002, die als Folge der Erfahrung von 2000 Erhöhungen des Reallohns mit sich brachte, eine Hochzinspolitik der Norwegischen Zentralbank ausgelöst hat, die in der Depression krisenverschärfend wirkte (Birke 2000).<sup>26</sup> Die Unzufriedenheit mit der Umverteilung, die während der 1990er Jahre stattgefunden hat, mit mangelnden Mitteln für die Kommunen, der Teilprivatisierung und Beschneidung der Ressourcen für Krankenhäuser, Schulen etc. ist ein Auslöser des Aufschwunges der „Fortschrittspartei“. Sie hat aber auch, zusammen mit der Veränderung der Gewerkschaftslandschaft, einige interessante neue Entwicklungen hervorgebracht. Besonders die Gewerkschaften der Lehrer, des vereinigten Krankenhauspersonals und der Kommunalbeschäftigten, die in den 1990er Jahren mit zahlreichen Streiks und anderen Aktionen gegen die Aushöhlung der materiellen Basis des Wohlfahrtsstaates gekämpft haben, haben die *Aktsjon For Velferdsstaten* (= „Aktion für den Wohlfahrtsstaat“) gegründet. In einem ersten Schritt schlossen sich der *Aktsjon* 1999 sechs Gewerkschaften an. Charakteristisch ist, dass sich hier sowohl die linken Gewerkschaften aus dem alten sozialdemokratisch orientierten Dachverband (*LO = Landsorganisation i Norge*) als auch Einzelgewerkschaften aus den Zentralverbänden der Angestellten (*YS = Yrkesorganisasjoners Sentralforbund*, genau: Zentralverband der Berufsorganisationen) als auch die „neuen“ Verbände aus dem (mittlerweile aufgelösten) Zentralverband der Akademiker (*AC*) finden. In den Jahren nach 1999 wurde die *Aktsjon* erweitert. Mehrere weitere Gewerkschaften traten ihr bei: die zwei Gewerkschaften der Ölarbeiter, die Gewerkschaft der Hotel- und Restaurantarbeiter, die Gewerkschaft der Elektriker und der IT-Arbeiter und andere. Insgesamt repräsentieren die der Aktion beigetretenen Gewerkschaft ca. 1 Millionen Mitglieder, und es ist sicherlich nicht falsch, davon auszugehen, dass insbesondere der Einfluss der SV in diesen Gewerkschaften verhältnismäßig hoch ist.<sup>27</sup> Mittlerweile sind sowohl SV als auch RV der *Aktsjon* als Kollektivmitglieder beigetreten. Die *Aktsjon* greift einige der wesentlichen Folgen der Politik der „Solidarischen Alternative“ auf. In einem Artikel ihres Sprechers A. Wahl, der die Geschichte und die wesentlichen Schwerpunkte der *Aktsjon* beleuchtet, heißt es: „Recent research has found that 70 000

<sup>25</sup> Mir ist klar, dass „trotskistisch“ hier eine schwierige Bezeichnung ist, ich will aber auf die spezifische Tradition, die die SWP/IS/Linksruck repräsentiert, nicht näher eingehen.

<sup>26</sup> SV und RV-Funktionäre der Einzelgewerkschaften haben bei der Durchsetzung des Streiks eine wichtige Rolle gespielt (vgl. *ibid.*). Zur „Solidarischen Alternative“, dort noch als Modell einer erfolgreichen „konzertierten“ Politik gefeiert, siehe Dølvik u.a. 1998.

<sup>27</sup> Besonders die SV kann auch einige hohe Funktionäre der genannten Gewerkschaften zu ihren Mitgliedern zählen, hat aber auch außerhalb der in der *Aktsjon* zusammengeschlossenen Gewerkschaften einen gewissen Einfluss: so war das SV-Mitglied Per Østvold lange Zeit Vorsitzender der Transportarbeitergewerkschaft.

children are living under the poverty line in Norway. At the same time 20 new millionaires are produced every day. While average wage increase was 15% from 1995 to 1998, the corporate fat cats increased their income by about 35%” ...- in the long run this will threaten the existence of the universal welfare state.(Wahl 2003 (2), 6).” Mit anderen Worten: Die *Aktsjon* kämpft für den Erhalt der „universalistischen“ Prinzipien in Norwegen. Angesichts des in den vorangegangenen Abschnitten geschilderten ist es naheliegend, dass dies auch einen zentralen Umdrehungspunkt der Aktivitäten von SV und RV darstellt, zumal es Teil einer Entwicklung ist, die die Hegemonie der Sozialdemokratie innerhalb der Gewerkschaften weiter schwächen und zugunsten einer (auch materiellen) Unterstützung verschiedener Linksparteien ablösen könnte.<sup>28</sup>

Eine Schwäche der „Aktion“ spricht Wahl ebenfalls aus: „The alliance was ... established at the national level. This is at the same time the strength and the weakness of the alliance. The (sic) strength because it reflects a strong and wide-reaching dissatisfaction with the current economical and political development in Norway (and internationally) and legitimates local and co-ordinated resistance. The (sic) weakness because it has not arisen from real movement of the grassroots (Wahl 2003 (1), S. 5).” Auch in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Verbindung und Koordination der sozialen Bewegungen: Trotz der Verbindungen, die es zwischen der Gründung der „Aktion für den Wohlfahrtsstaat“ im Jahre 1999 und dem Streik des Jahres 2000 inhaltlich offenbar gibt, bezieht sich die dazu von Wahl erzählte Geschichte nicht auf diesen Zusammenhang. Soziale Bewegungen haben auch in Norwegen eine erhebliche Dynamik erreicht, aber sie haben scheinbar keine Geschichte.

## 5. Redaktionelle Schlussbemerkung<sup>29</sup>

Abschließend möchte ich in aller Kürze einiges zu den Möglichkeiten ausführen, die sich aus den beiden vorliegenden Texten für eine weitere Bearbeitung des Themas ergeben. Für eine Veröffentlichung wären die Texte zunächst redaktionell zu bearbeiten. Wie zu sehen ist, spielt das Moment des innerskandinavischen, aber auch des europäischen Vergleiches in vorliegendem Text bereits eine gewisse Rolle. Es wäre durch eine Zusammenfassung der beiden Texte vielleicht noch klarer akzentuierbar, wobei die Texte aber auch für sich stehen bleiben könnten. Eventuell könnten die eher bewertenden Teile der beiden Texte – dies ist vor allem Abschnitt 6 des Textes zu Dänemark, aber auch die Ausführungen in 3.3. des Vorliegenden – zusammengeführt werden.

Wünschenswert wäre aus meiner Sicht aber vor allem eine Diskussion über die dort formulierten Fragen der Widersprüche zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik, nationaler Regulation und „Globalisierungsbewegung“, der ephemere Charakter sozialer Bewegungen u.s.w. im Rahmen der Projektgruppe (oder einer kleineren Arbeitsgruppe). Der Bezug auf das in dem Anfang 2003 erschienene Buch ausgeführt könnte auf diese Weise hergestellt werden ebenso wie die Resultate der Arbeiten zu Spanien, Italien und Frankreich etc. einbezogen werden könnten.

---

<sup>28</sup> Schon heute tritt die LO in Oslo für eine Linksregierung ein und die meisten lokalen Gewerkschaftsabteilungen sprechen sich für eine zentralstaatliche Zusammenarbeit von SV und DNA aus.

<sup>29</sup> Nicht zur Veröffentlichung bestimmt.

## 6. Literatur

### *Buchveröffentlichungen und wissenschaftliche Literatur*

Brie, Michael (Hg.), Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien. Internationaler Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Manuskripte 41), Berlin 2003.

Christensen, Dag Arne, Venstresosialistisk EU politikk: Ei analyse av Sosialistisk Vernstreperti i Noreg, Vänsterpartiet i Sverige og Socialistisk Folkeparti i Danmark, 1973-1997, phd., manuskript, Bergen 1998 [= Linksozialistische EU-Politik, eine Analyse...].

Dølvik, Jon Erik, Stokke, Torgeir Aarvaag, Norway – the Revivel of Centralized Concertation, in: Ferner/Hyman, Changing Industrial Relations in Europe, Oxford 1998, S. 118-146.

Esping-Andersen, Gøsta, The Three Worlds of Welfare Capitalism, London 1989.

Kjeldstadli, Kurt (Hg.), Aschenhougs norgehistorie, Oslo 1997, bind 12: 1970-1990 [= Geschichte Norwegens].

ders. und Victor Keul, DNA – fra folkebevægelse til statsstøtte, Oslo 1973 [= ...von der Volksbewegung zur Staatsstütze].

Melve, Jørgen, Venstresosialistiske partistrategier – ein analyse av den strategiske åtferda til Vänsterpartiet i Sverige, SF i Danmark og SV i Noreg, Hovedoppgave Uni Bergen, Manus [= Linksozialistische Parteistrategien – eine Analyse der strategischen Ausrichtung der skandinavischen Linksparteien].

PAX (Hg.), Lexikon, Oslo 1978

Seip, Anne Lise; Veiene til velferdsstaten: norsk sosialpolitikk 1920-1975, Oslo 1994 [= Wege zum Wohlfahrtsstaat, Norwegische Sozialpolitik].

Steen, Reinulf, Ørnen har landet, Oslo 2003 [= Der Adler hat das Land (im Griff)].

### *Artikel: Veröffentlichungen in Zeitschriften und Manuskripte*

Birke, Peter: (Fast) ein Generalstreik in Dänemark, in: analyse und kritik, Hamburg, Mai 1998.

ders.: Streiks in Norwegen brechen mit Bündnis für Arbeit, in: analyse und kritik, Hamburg, Juni 2000.

ders., Nach dem Mord an Benjamin Hermansen – 40 000 in Oslo gegen Rassismus, in: analyse und kritik, Hamburg, Februar 2001.

ders.: „Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts“, Rechtsparteien in Dänemark, in: UtopiaKreativ 156, Berlin 2003/1, S. 885-898.

ders.: Skizze zu Geschichte, Programmatik und aktueller Politik der linksozialistischen Parteien in Dänemark: *Socialistisk Folkeparti* und *Enhedslisten*, erstellt im Auftrag der „Projektgruppe Politikanalyse“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskript, Hamburg, September 2003/2.

Christensen, Dag Arne, The Left-Wing Opposition in Denmark, Norway and Sweden: Cases of Euro-Phobia?, in: West European Politics Vol. 19, 3/1996, S. 525-546.

ders., Foreign Policy Objectives: Left-Socialist Opposition in Denmark, Norway and Sweden, in: Scandinavian Political Studies, 1/1998, s. 51-70.

Schmidt, Werner, C.H. Hermansson und die Entstalinisierung der KP Schwedens, in: Argument 249, Berlin 2003.

UNDP (Hg.), Human Development Report, New York 2002.

Wahl, Asbjørn und Gunnhild Ørstavik, The Current Undermining of the Welfare State, Manuskript, in: [www.velferdsstaten.no/english](http://www.velferdsstaten.no/english), Oslo 2003 (1).

ders.: Broad Alliance for the Welfare State, Manuskript, in: [www.velferdsstaten.no/english](http://www.velferdsstaten.no/english), Oslo 2003 (2).

Warlenius, Rikard, Kurzer Krieg ist gut für den Aufschwung – der 15.2.2003 in Schweden, in: analyse und kritik, Hamburg, März 2003.

#### *Tages- und Wochenzeitungen*

Dagsavisen, 21.12.2003: SV og SV vil parkere EØS-motstanden [= SV und SP wollen den Widerstand gegen die EFTA zurückstellen].

E-avisen Nationen, 13.11.2003, Bunnivå for regjeringen [= Die Regierung hat ihren Tiefpunkt erreicht].

Klassekampen, 26.4.2003: Norge får sosialt forum [= Norwegen bekommt ein Sozialforum].

diess., 10.6.2003 (1), Vil SV har inn i NATO [= Will, dass die SV in die NATO eintritt].

diess., 23.6.2003 (1b): Fleire usikre om EU [= Immer mehr unsicher bezüglich der EU].

diess., 28.7.2003 (2), EU kann blive en supermakt i solidaritet med verden [= Die EU kann eine Supermacht in der Solidarität mit der Welt werden].

diess., 6.1.2004: RV er i pengetrøbbel [= RV hat Geldprobleme].

Ny Tid, 20.9.2003 (1), SV får færre ordførere end ventet [= Die SV bekommt weniger Bürgermeister als erwartet].

diess.: 13.12.2003 (3), Konsensusen er brutt [= Der Konsens ist gebrochen].

diess.: 25.10.2003 (2), Samling til venstre [= Linke Vereinigungsbemühungen].

Tromsø Avis, 10.3.2003, Tidernes SV-landsmøte [= Eine historische SV-Landeskonferenz].

Verdens Gang, 1.10.2003: SV-Ja til KrF-ordfører i Oslo [= SV-Ja zu KrF-Bürgermeister in Oslo].

Verdens Gang, 6.1.2004: Politikkeren som kom ind fra kulden [= Die Politikerin, die aus der Kälte kam].

### *Agenturmeldungen*

Reuters, 20.11.2002: Norway govt to resume budget talks with far right.

Ritzau, 21.8.2003: FrP. er igen Norges største parti [= Die Fortschrittspartei ist wieder die größte norwegische Partei].

### *Veröffentlichungen der Parteien*

RV (Hg.): 30 år som urokråke, Oslo 2003 [= 30 Jahre als Unruhestifter].

diess.: Arbeidsprogram, Oslo 2003.

SV (Hg.), Folkemagt mot pengemakt, Arbeidsprogram 2001-2005, Oslo 2001.

diess.: Arbeid og rettferdighet, SVs alternative statsbudsjett for 2004, Oslo 2003 (1).

dies.: Electoral platform, in: [www.sv.no/hvem](http://www.sv.no/hvem), Oslo 2003 (2).

### *Web*

[www.attac.no](http://www.attac.no) ist die Homepage der norwegischen Abteilung von ATTAC.

[www.akp.no](http://www.akp.no) ist die Homepage der Arbejdernes Kommunistparti (mit einigen in die deutsche Sprache übersetzten Artikeln).

[www.indymedia.no](http://www.indymedia.no) ist die norwegische Ausgabe derselben.

[www.leksikon.org](http://www.leksikon.org) ist ein aktuelles dänisches „Lexikon der Linken“, das auch Informationen zu Norwegen enthält.

[www.nejtilkrig.no](http://www.nejtilkrig.no) ist die Homepage der inzwischen aufgelösten norwegischen Kampagne gegen den Irakkrieg.

[www.resultat.valg.no](http://www.resultat.valg.no): Resultate der Wahlen in Norwegen.

[www.rv.no](http://www.rv.no) ist die Webseite der RV.

[www.su.no](http://www.su.no) ist die Seite der *Sosialistisk Ungdoms Front*, dem der SV nahe stehenden Jugendverband.

[www.sv.no](http://www.sv.no) ist die Webseite der SV, mit englisch- und spanischsprachigen Informationen.

[www.velferdsstaten.no](http://www.velferdsstaten.no) ist die Homepage der Aktsjon For Velferdsstaten.